

---

## **Fast doppelt so viele private Insolvenzen: Privatinsolvenzen steigen in Deutschland im Jahr 2021 um 93,6 Prozent - Gesetzesänderung im Insolvenzrecht treibt Zahlen nach oben**

Die Privatinsolvenzen in Deutschland sind im Jahr 2021 deutlich angestiegen. Insgesamt gab es 109.031 private Insolvenzen und damit um 93,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (2020: 56.324). So lauten die zentralen Ergebnisse aus dem aktuellen „Schuldenbarometer 2021“ des Informationsdienstleisters CRIF. Nach zehn Jahren sinkender Fallzahlen steigen die Privatinsolvenzen 2021 damit erstmals wieder an, liegen jedoch weiter unter dem bisherigen Rekord von 139.110 Privatinsolvenzen aus dem Jahr 2010.

„Der starke Anstieg an Privatinsolvenzen im letzten Jahr ist größtenteils darauf zurückzuführen, dass viele Privatpersonen entsprechende Anträge auf eine Insolvenz im Jahr 2020 zurückgehalten haben. Die Betroffenen wollten von einer Gesetzesreform profitieren und die angekündigte Reduzierung der Laufzeit des Verfahrens von sechs auf drei Jahre nutzen und stellten den Antrag folglich erst im Jahr 2021“, erklärt CRIF Deutschland Geschäftsführer Dr. Frank Schlein. „Dieser Aufholeffekt trieb die Zahl der Privatinsolvenzen 2021 stark nach oben“, so Dr. Schlein.

Zudem hatten im letzten Jahr die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie einen Einfluss auf die Privatinsolvenzzahlen. Bei vielen Arbeitnehmern und Selbstständigen, die während der Pandemie ihre Arbeit ganz oder teilweise verloren haben, sind die finanziellen Polster irgendwann aufgebraucht. In Deutschland wurde mit erheblichem finanziellen Aufwand und zahlreichen Hilfspaketen versucht, den wirtschaftlichen Schaden gering zu halten. Diese Maßnahmen haben sich positiv auf die Zahlungsfähigkeit von Privathaushalten ausgewirkt. Ansonsten wären 2021 noch mehr Privatinsolvenzen möglich gewesen. „Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wie schnell unvorhersehbare externe Ereignisse Menschen unerwartet in eine finanzielle Schieflage bringen können“, sagt Dr. Schlein.

Auch der Anteil der ehemals Selbstständigen, die eine Privatinsolvenz anmelden müssen, stieg 2021 stark an. Soloselbstständige und Honorarkräfte aus unterschiedlichsten Branchen haben in der Pandemie von einem Tag auf den anderen nahezu ihr komplettes Einkommen verloren. In der Folge gingen die oft ohnehin geringen Einkünfte weiter zurück und das Ersparte war schnell aufgezehrt - Kredite, Ratenzahlungen oder Mieten können nicht mehr beglichen werden. So zeigen Zahlen, dass sich die Zahl der Selbstständigen, die für ihren Lebensunterhalt finanzielle Unterstützung aus der staatlichen Grundsicherung beziehen, nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Verlauf der Corona-Pandemie versechsfacht hat.

Im Jahr 2022 bleibt die finanzielle Lage der Verbraucher in Deutschland angespannt. Viele Menschen, die in der Corona-Pandemie Einkommenseinbrüche z.B. durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit erlitten haben, haben versucht, durchzuhalten und eigenständig durch Rücklagen oder privat geliehenem Geld mit ihrer finanziellen Lage zurechtzukommen. „Die finanziellen Reserven vieler Betroffener sind aufgebraucht. Dazu kommen die stetig steigenden Miet- und Energiepreise. Daher gehen wir auch 2022 von weiter hohen Privatinsolvenzzahlen aus. In diesem Jahr sind erneut bis zu 110.000 Fälle möglich“, so Dr. Schlein.

Es ist zudem ein Irrglaube, dass Personen, die eine Privatinsolvenz anmelden, zwingend hoch verschuldet sein müssen. Ein Großteil der Personen, die eine Privatinsolvenz anmelden, haben in der Gesamtsumme Schulden unter 10.000 €. Die mittlere Schuldenhöhe liegt derzeit bei knapp unter 19.000 €.

### **Privatinsolvenzen nach Bundesländern: Am meisten Privatinsolvenzen in Bremen, Niedersachsen und Hamburg**

Bundesweit gab es im Jahr 2021 131 Privatinsolvenzen berechnet auf 100.000 Einwohner. Der regionale Trend der letzten Jahre hielt auch 2021 an: Die nördlichen Bundesländer sind stärker von Privatinsolvenzen betroffen als der Süden Deutschlands. So führt Bremen die Statistik mit 247 Privatinsolvenzen je 100.000 Einwohnern an. Es folgen Niedersachsen mit 180 und Hamburg mit 172 Insolvenzfällen je 100.000 Einwohner. Über Bundesdurchschnitt rangieren mit Mecklenburg-Vorpommern (170), Schleswig-Holstein (163), Saarland (160), Nordrhein-Westfalen (152), Berlin (137), Brandenburg (135) und Sachsen-Anhalt (132) sieben weitere Bundesländer.

Am wenigsten Privatinsolvenzen verzeichneten 2021 Bayern (86 Fälle je 100.000 Einwohner), Baden-Württemberg

(99) und Thüringen (109). Absolut gesehen stehen die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (27.263), Niedersachsen (14.384) und Bayern (11.345) an der Spitze der Insolvenzstatistik.

### **Prozentuale Veränderungen: In sieben Bundesländern mehr als eine Verdopplung der Privatinsolvenzen**

In sieben Bundesländern haben sich die Privatinsolvenzen im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Allen voran Hamburg (plus 135 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (plus 132,2 Prozent). Deutliche Anstiege gab es auch in Berlin (plus 122,8 Prozent), Bremen (plus 118 Prozent), Nordrhein-Westfalen (plus 104,6 Prozent), im Saarland (plus 103,9 Prozent) und Thüringen (plus 101,4 Prozent). Den geringsten Anstieg gab es 2021 in Sachsen-Anhalt mit einem Plus von 39 Prozent.

### **Privatinsolvenzen nach Geschlecht: Mehr Männer von einer Privatinsolvenz betroffen**

Der Trend der letzten Jahre, dass in Deutschland eher Männer von einer Privatinsolvenz betroffen sind als Frauen, setzt sich auch 2021 fort. 60,1 Prozent oder 65.561 der Privatinsolvenzen wurden von Männern gemeldet. Auch im relativen Vergleich der Geschlechter sind die Männer führend. Auf 100.000 Männer entfielen 160 Privatinsolvenzen. Demgegenüber stehen 103 Privatpleiten je 100.000 Einwohnerinnen.

### **Privatinsolvenzen nach Alter: Verdopplung der Privatinsolvenzen bei den älteren Bundesbürgern**

Die Privatinsolvenzen sind in 2021 über alle Altersgruppen hinweg angestiegen. Die größten Zuwächse gab es in der Altersgruppe 61 Jahre und älter (plus 103,3 Prozent). Es folgen die Gruppen der 31-bis 40-Jährigen (plus 96,7 Prozent) und der 51-bis 60-Jährigen (plus 92,5 Prozent).

### **Impressum**

CRIF GmbH  
Leopoldstraße 244  
80807 München  
Tel : 040 89803-0  
Fax : 040 89803-0 - 777/77  
E-Mail : [info.de@crif.com](mailto:info.de@crif.com)  
[www.crif.de](http://www.crif.de)

Registergericht: AG München HRB 233802  
Sitz der Gesellschaft: München  
USt-IdNr.: DE117981371  
Geschäftsführer: Dr. Frank Schlein, Carlo Gherardi, Marco Preti, Loretta Chiusoli

Registriertes Inkassounternehmen. Aufsichtsbehörde i.S.d. § 5 Abs. 1 Nr. 3 TMG: ist der Präsident des Amtsgerichtes München, Pacellistraße 5, 80333 München

Eingetragen im Rechtsdienstleistungsregister: 371 E - M 1809

Allgemeine Informationspflicht nach § 36 Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG): CRIF GmbH nimmt nicht an einem Streitbeilegungsverfahren im Sinne des VSBG teil. Es besteht diesbezüglich keine gesetzliche Verpflichtung.

Nach geltendem Recht sind wir verpflichtet, Verbraucher auf die Existenz der Europäischen Online-Streitbeilegungs-Plattform hinzuweisen, die für die Beilegung von Streitigkeiten genutzt werden kann, ohne dass ein Gericht eingeschaltet werden muss. Für die Einrichtung der Plattform ist die Europäische Kommission zuständig. Sie finden die Europäische Online-Streitbeilegungs-Plattform hier: <http://ec.europa.eu/odr.bitte>

### **Haftungsausschluss - Disclaimer**

Haftung für Inhalte

Als Diensteanbieter sind wir gemäß § 7 Abs.1 TMG für eigene Inhalte auf diesen Seiten nach den allgemeinen Gesetzen verantwortlich. Nach §§ 8 bis 10 TMG sind wir als Diensteanbieter jedoch nicht verpflichtet, übermittelte oder gespeicherte fremde Informationen zu überwachen oder nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hinweisen. Die CRIF GmbH schließt jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung dieser Website entstehen, aus, soweit diese nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der CRIF GmbH beruhen. Darüber hinaus ist eine diesbezügliche Haftung erst ab dem Zeitpunkt der Kenntnis einer konkreten Rechtsverletzung möglich. Bei Bekanntwerden von entsprechenden Rechtsverletzungen werden wir diese Inhalte umgehend entfernen.